

Cottbuser

Herzblatt

Chośebuska wutšobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

19. Jahrgang / Nr. 10 (231)

Oktober 2011

Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 3/4: Leitansträge zum Erfurter Parteitag

Seite 8: Eine Partei im Widerstreit

Seite 14: Wie wird das Leben danach?

Die Linksfraktion entwirft ein neues Leitbild für Brandenburg

Die Fraktion DIE LINKE. wird ihr 2008 vorgelegtes Leitbild für Brandenburg erneuern. Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft sollen die Leitlinien sowohl für die Perspektive des Landes bis 2020 als auch für die praktische Politik der Fraktion in den nächsten Jahren sein. Das ist das Fazit der jüngsten Klausurtagung

Es geht um Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Die soziale Frage muss stets im Zentrum von Entscheidungen und Debatten stehen. Die Schwerpunkte der Arbeit sind mit den Eckpunkten für die Nachhaltigkeitsstrategie formuliert:

- Nachhaltige Bildungslandschaft fördern
- Wirtschaft und Arbeit (in der Hauptstadtregion)
- Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer
- Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel
- Zukunftsfähige Finanzpolitik

Das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung muss in allen Fachpolitiken Berücksichtigung finden. Die Fraktion DIE LINKE. unterstützt deshalb die Bildung einer „Parlamentarischen Beirats-Nachhaltigkeit“.

Die Fraktion wird ihre Arbeit ebenfalls stärker fachübergreifend ausrichten. Dazu wird eine Projektgruppe gebildet, die auch die Arbeit am neuen Leitbild koordiniert.

Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft sind auch die Leitlinien der Linksfraktion für die

bevorstehenden parlamentarischen Auseinandersetzungen zum Haushalt 2012.

Den Einstieg in die Haushaltsberatungen bildeten ein Gespräch zur Bildungspolitik, bei dem Bildungsministerin Martina Münch zu Gast war, sowie



eine Diskussion zum Stand bei der Schaffung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS).

DIE LINKE. hat sich in ihrer bildungspolitischen Debatte auf das Thema „Inklusive Schule“ konzentriert. Sie hat sich auf folgende Vorschläge geeinigt,

um das Projekt „Inklusive Schule“ auf den Weg zu bringen: Unverzüglich muss eine Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte von Regel- wie auch von Förderschulen aufgelegt werden. Entsprechende Vertretungskapazitäten an den Schulen müssen dazu geschaffen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass der Bund ein Investitionsprogramm „Inklusive Schule“ auflegt.

Die Vorbereitungen für die Einrichtung eines Studienganges Sonderpädagogik an der Universität Potsdam zum Studienjahr 2013/14 müssen unverzüglich in Angriff genommen und die finanziellen Ressourcen dazu bereit gestellt werden.

Der Richtwert für die Einrichtung von Klassen für alle Grundschulen soll von 25 auf 23 Schülerinnen und Schüler reduziert werden.

Zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor stellte die Fraktion fest, dass das darauf ausgerichtete Programm „Arbeit für Brandenburg“ gut angelaufen ist. Durch die unsozialen Entscheidungen von Schwarz-Gelb im Bund ist jetzt eine Finanzierungslücke entstanden, die mit den Möglichkeiten des Landes nicht geschlossen

werden kann. Die Fraktion hält jedoch daran fest, die für den ÖBS vorgesehenen Landesmittel zugunsten öffentlich geförderter Beschäftigung weiter einzusetzen.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.*

Kommunalkongress in Hannover

Starke Kommunen im föderalen System

Im Jahr 2005 war die letzte Konferenz, auf der sich die Bundespartei zur Kommunalpolitik verständigt hatte. Infolge des Einzuges linker Politiker in die Parlamente der alten Bundesländer und der veränderten Rahmenbedingungen für die Selbstverwaltung von Kommunen war es richtig, sich in diesem Jahr in Hannover zu den Herausforderungen in der Kommunalpolitik auszutauschen.

Kommunen müssen eine stärkere Stellung im föderalen System erhalten. Dadurch erhalten BürgerInnen größeren Einfluss auf die Lösung lokaler und regionaler Probleme.

Für DIE LINKE. sind die Kommunen nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine entscheidende Gestaltungsebene. Hier erleben BürgerInnen alle Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar und erfahren, wie Politik funktioniert. Mit den Instrumenten der direkten Beteiligung der BürgerInnen können sie Veränderungen bewirken, wenn sie sich beteiligen! In den Kommunen gibt es die Chance, neue Lebensformen zu erproben. Dafür müssen Räume zur politischen, sozialen und kulturellen Selbstorganisation geschaffen werden. Als Gegengewicht zu den dominierenden Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik

können sie Teile eines kleinräumigen, regionalen, dabei vernetzungs- und kooperationsfähigen Ganzen (Reproduktion) bilden. Dazu zählt auch eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Das ist der Anspruch!

So war es Anliegen des Kongresses, Strategien zu entwickeln, wie dieses Ziel



erreicht werden soll, wie die Rahmenbedingungen für Kommunen in dieser Bundesrepublik dafür verändert werden müssen, auch die entsprechenden finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Und es sollten die Grundlagen für eine Fortschreibung der kommunalpolitischen Leitlinien geschaffen werden.

Es war notwendig, sich zu verständigen, wie die linken Kommunalpolitiker in

ihren Kommunen Alternativen entwickeln und umsetzen können. Toll war, dass dazu eine Reihe von guten Ansätzen und Beispielen auf dem Kongress vorgestellt und diskutiert wurden. Schlüsselfrage war: „Was muss sich ändern, damit Kommunen einen anderen Stellenwert im föderalen System erhalten?“

Karin Kühl und Annely Richter, seit 1990 im Stadtparlament Cottbus, bekamen Anregungen für die Arbeit vor Ort, die auch in der Fraktion diskutiert wurden. In unterschiedlichen Workshops wurden die Themen vertieft und in der Kongresserklärung: „Umsteuern für zukunftsfähige Kommunen – demokratisch, solidarisch und nachhaltig“ zusammengefasst.

„Die zukünftige Stellung der Kommunen lässt sich zum Beispiel durch die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung mit Zielen wie Solidarkommune, Demokratisierung von Haushaltspolitik, kommunale Demokratieprojekte, Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, alternative Wohn-, Bildungs- und Kulturprojekte beschreiben.“

*Text: Annely Richter
Foto: Karin Kühl*

Zur Verabschiedung des Brandenburgischen Vergabegesetzes :

Landesvergabegesetz verhindert Armutslöhne Kommunen sind in der Pflicht

Ab dem 1. Januar 2012 werden auch alle Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aufträge ab 50 000 Euro nach gesetzlichen Vorgaben richten müssen. Sie dürfen öffentliche Aufträge nur an Bieter vergeben, die ihren Beschäftigten einen Stundenlohn von mindestens acht Euro zahlen.

Dies wird die Einkommenssituation zum Beispiel von Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe und in der Gebäudereinigung – wenn der Auftraggeber die öffentliche Hand ist – wesentlich verbessern. In diesen Branchen sehen die Tarifverträge zur Zeit sieben Euro

beziehungsweise 6,53 Euro vor. Lohnzuwächse in diesem Ausmaß konnten die Gewerkschaften leider in jüngster Zeit nicht durchsetzen.

Mit dem Gesetz soll – wenigstens auch zum Teil – einer unhaltbaren Entwicklung begegnet werden: Immer mehr Menschen arbeiten im öffentlichen Auftrag, können davon aber nicht leben und müssen zusätzlich aufstockende Mittel bei den Jobcentern beantragen.

In einer Entschliebung des Landtages zum Gesetz wird darauf hingewiesen, weitere Maßstäbe für Vergaben, wie zum

Beispiel soziale und ökologische Kriterien sowie europäische Regelungen, einzuhalten.

Mit dem Brandenburgischen Vergabegesetz setzt die rot-rote Koalition eines ihrer zentralen Themen aus dem Koalitionsvertrag um. Ich gehe davon aus, dass auch die Stadt Cottbus sich diesem Prozess zur Aufgabe macht und stellt.

*Jürgen Maresch,
Landtagsabgeordneter,
Erster Polizeihauptkommissar a.D.,
Sprecher für Menschen mit
Behinderung und Minderheiten*

Leitanträge zum Erfurter Parteitag

Die Linke kämpft ...

- **für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung**, die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor beruhen. Wir wollen eine demokratische Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum. Der privatwirtschaftliche Sektor ist einer strikten Wettbewerbskontrolle zu unterwerfen. In allen Unternehmen sind wirksame Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte zu sichern.
- **für einen sozial-ökologischen Umbau** in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir brauchen eine regulierte, nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen eine Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien ohne Atomkraft.
- **für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit**. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen. Das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. DIE LINKE steht für die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und einen existenzsichernden, gesetzlichen Mindestlohn. Wir kämpfen gegen Billigjobs, Hungerlöhne und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit oder Scheinselbstständigkeit.
- **für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern**. Im Leben von Männern und Frauen soll genügend Zeit für die Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Muße und Kultur sein. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekommen, wie sie ihre Lebenszeit verbringen. Das Eintreten für die Verfügung über Zeit ist eine Antwort auf die Geschichte von Unterdrückung, Herrschaft über Arbeit und Verfügung über Andere.
- **für ein Leben in sozialer Sicherheit**, für eine sanktionsfreie, armutsfeste Mindestsicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg. Jeder und Jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote sanktionsfrei abzulehnen.
- **für eine armutsfeste gesetzliche Rente** für alle Erwerbstätigen, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu einem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich. Bei Bedarf muss die gesetzliche Rente aus Steuermitteln auf eine armutsfeste, solidarische Mindestrente angehoben werden.
- **für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**, in die alle Menschen nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Bedarfsfall alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Die medizinische Versorgung darf keine Frage der persönlichen Brieftasche sein. Ungleichbehandlung von Patienten lehnen wir ab.
- **für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung**. Bildung soll die Grundlagen für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben, die aktive Teilhabe an der Gesellschaft und demokratisches Engagement schaffen.
- **für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft, für kulturelle Bildung von Anfang an**. Alle Menschen sollen die Möglichkeit zu kulturellem Selbstaussdruck und zur Teilnahme an der kulturellen Kommunikation haben. Der Staat hat die Pflicht, Kultur zu schützen und zu fördern.
- **für ein gerechtes Steuersystem**, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht. Wir wollen Einkommen und Vermögen von oben nach unten umverteilen und die Finanzierung der öffentlichen Leistungen sicherstellen und verbessern.
- **für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, gegen die Erpressungsmacht großer Konzerne, für ein Verbot von Spenden von Unternehmen an Parteien und die Unvereinbarkeit von politischen und Wirtschaftsmandaten, für mehr direkte Demokratie, unter anderem in Form von Volksabstimmungen, für die Einklagbarkeit von Recht unabhängig vom eigenen Geldbeutel, für politische Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigten, für den Ausbau der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche. Der Kapitalismus zerstört Demokratie durch Wirtschaftsmacht. Deshalb sagen wir: Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des de-

DIE LINKE.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Leitanträge zum Erfurter Parteitag

Die Linke kämpft ...

(Fortsetzung von Seite 3)

mokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

- **für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung**, aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund jedweder Behinderungen. Für DIE LINKE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei, Antisemitismus, Rassismus und nationalen Dünkel.
- **für einen Neustart der Europäischen Union** als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion, für den Vorrang sozialer Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten, für hohe und bessere europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine europäische Wirtschaftsregierung. Eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz, Wettbewerb und Dumpingwettbewerb und deren militärische Absicherung setzt, diskreditiert die europäische Idee.
- **für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg**, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben. DIE LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten, eine Stärkung der zivilen Entwicklungsunterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt. Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems.

Der Handlungsspielraum wird immer enger

Wie nicht anders zu erwarten, wurde im vergangenen Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Verkehr über unzählige Cottbuser Bauvorhaben berichtet. Doch nicht immer ging es um zukünftige neue Bauvorhaben, sondern auch um weitere Einsparungspotenziale in diesem Bereich.

Zunächst einmal beschäftigte uns wieder einmal das Dauerthema „ÖPNV“ im Ausschuss. Fraktionsübergreifend wurde für das Weiterbestehen der Straßenbahn („3 starke Linien“-Konzept) in Cottbus plädiert. Gerade im Zusammenhang mit vielen weiteren Vorhaben und Konzeptionen in Cottbus ist die Straßenbahn eine unersetzbare Komponente – sei es beim Luftreinhalteplan, beim Lärmaktionsplan oder bei der Verkehrsentwicklung der Stadt. All die Ziele dieser Pläne würden ohne den Faktor Straßenbahn nicht erreicht werden, und die Konsequenzen für die Stadt Cottbus wären unabsehbar.

Einstimmig wurde der Stadtverwaltung der Auftrag erteilt, den Bahnhofsvorplatz nur mit einer neuen Haltestelle „Tram“ zu planen und umzusetzen. Auch vom neuen Geschäftsführer von Cottbusverkehr wurde dies begrüßt.

Des Weiteren erging aus dem Ausschuss heraus der Antrag, auf der Stadtverordnetenversammlung Ende September den HSK-Beschluss zur weiteren Kürzung von fünfhunderttausend Euro bei Cottbusverkehr zurückzunehmen. Dieter Sperling machte aber noch einmal deutlich, dass damit die Aktivitäten der Stadtverordneten und der Stadtverwaltung nicht zu Ende seien.

Weiter muss auf Landes- wie Bundespolitik Druck ausgeübt werden, dem Bereich ÖPNV in den Förderrichtlinien wieder mehr Priorität einzuräumen. Denn auch mit der Rücknahme der HSK-Kürzung sei das Unternehmen in einer schwierigen finanziellen Lage und kann zum Beispiel den Austausch des Fuhrparks nicht allein stemmen.

Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofsvorplatzes wurden auch Vertreter der Deutschen Bahn eingeladen, damit diese über die zukünftigen

Sanierungs- und Umbaumaßnahmen auf dem Bahnhofsgelände berichten konnten. Auch wenn der Umfang der Baumaßnahmen (Anhebung der Bahnsteige sowie teilweise Überdachung und Behindertengerechter Zugang über Aufzüge; Durchgehender Personentunnel) positive Zustimmung fand, so war der vorgestellte Zeitplan doch sehr unbefriedigend.

Frühestens im Jahre 2014 sollen die Bauarbeiten beginnen, wobei dadurch frühestens 2018 mit einem ersten Ergebnis zu rechnen sei. Dies führte auch von unserer Seite aus zu kritischen Nachfragen und der Forderung nach einer schnelleren Bauausführung. Irgendwie hatten wir Stadtverordnete aber schon den Eindruck, dass hinter all den schönen Worten nicht allzuviel Mehr steckte.

Auch an diesem Thema werden wir dran bleiben und auch auf Landesebene um Unterstützung bitten. Weder hinsichtlich der Qualität der Zugsbindung noch durch den Zustand des Hauptbahnhofes stellen wir derzeit den von der Bahn so hoch angepriesenen wichtigen Knotenpunkt in der Niederlausitz – mit großem Potential hinsichtlich Osteuropas – dar.

Aufgrund der ausbleibenden Gewerbesteuer unseres größten Steuerzahlers wurde aber auch über die oben erwähnten Einsparungen geredet.

Schon im Sonderausschuss Anfang September wurde die Planung und Umsetzung eines provisorischen Fußgängerweges am gesperrten Bahnübergang an der Parzellenstraße gestrichen.

Auch die Baumaßnahmen im oberen Teil der Straße der Jugend (Höhe „LR“-Gebäude) wurden erheblich gekürzt, so dass es nur noch zu einer grundlegenden Sanierung der Straße kommen wird, nicht aber mehr zu einer Umgestaltung und Optimierung des Verkehrsflusses.

Auch neu eingeplante Mittel in Höhe von siebenhunderttausend Euro für die Sanierung von Straßen wurden aus dem aktuellen Haushalt gestrichen.

Die weitere Richtung in der finanziellen Ausstattung in diesem Bereich ist unverkennbar, die Höhe und die entsprechenden Auswirkungen werden wir demnächst wohl erleben. Besserung eher nicht in Sicht!

André Groß

Das „Soziale Berlin“ wurde ausgewählt...

Man mag es befürchtet haben, aber als es dann passierte, war man doch ziemlich enttäuscht: Die Abwahl der



Linkspartei aus dem Berliner Senat bei den Abgeordnetenhauswahlen am 18. September.

Das „Soziale Berlin“ (Titel des LINKE-Wahlprogramms) konnte somit nicht mehr in dem Maße überzeugen, um die Regierungsarbeit im Senat fortsetzen zu können.

Der „Berlin-Versteher“ (SPD-Wahlslogan: „Berlin verstehen“), Klaus Wowereit muss sich einen neuen Partner suchen. Damit endete aus Sicht der Linkspartei, das Superwahljahr 2011 überhaupt nicht super. Auch anderswo hat DIE LINKE., nicht ihre Wahlziele erreicht. Das hatte Gründe. Sprechen wir hier über die Berliner.

Blicken wir zunächst auf die zehn Jahre Regierungsarbeit der LINKEN im Berliner Senat zurück. Es war vor allem zu Beginn eine Zeit des Suchens und Findens der Partei, die damals noch als PDS firmierte. Zu bewältigen war der Rollenwechsel von einer konstruktiven und anerkannten Opposition hin zu einer konstruktiven und verantwortlich handelnden Regierungspartei.

Dabei unterliefen der Partei, besonders in der ersten regierungsamtlichen Wahlperiode, zahlreiche handwerkliche und politische Fehler. Mancherlei Entscheidungen, insbesondere Sozialkürzungen, waren für viele Mitglieder und ihre Wähler nicht mehr mit dem Wechsel im Rollenverständnis der Neu-Regierenden zu rechtfertigen.

Einiges davon ließ sich vielleicht mit der vor allem durch kriminelle CDU-Politiker (Fraktionschef Klaus Landowsky und andere) zu verantwortenden und herbeigeführten Schulden- und Bankenkrise erklären, die die finanziellen Gestaltungsspielräume der Stadt zwangsläufig einengte.

Aber das allein wäre zu einfach. Und dass es sich Linke zu einfach machen, das ist eher untypisch. Damit Politik, zunächst im echten Sinne, wieder gestaltet werden konnte, galt es, den Abbau des Milliardenschuldenberges anzugehen und somit verschüttete fiskalische

Spielräume für eine sozial gerechte, ökologisch verantwortliche Politik freizulegen. Vor allem stellte angesichts der finanziellen Grundsituation auch der Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft Berlins den rot-roten Senat vor große Herausforderungen. Kultur ist ein sogenannter weicher Standortfaktor, also nichts für harte Ökonomen. Aber: Der Kultur kommt auch eine soziale Funktion zu – gut angelegt kann sie entsprechende Folgekosten zumindest verringern helfen.

Dass ROT-ROT es mit einer großen, durchaus nicht schmerzfreien Kraftanstrengung vermochte, das drückende Gewicht der Berliner Schuldenlast erheblich zu reduzieren, bleibt wohl ihr größtes Verdienst.

Wäre 2008 nicht die internationale Finanzkrise dazwischengekommen, dann hätte der Konsolidierungskurs fortgesetzt werden können. Tragisch – aber der real existierende, entfesselte Finanzkapitalismus machte ROT-ROT einen Strich durch die Rechnung. Angesichts dessen, was da vor zehn Jahren von ROT-ROT übernommen wurde, kann man insbesondere Kommentare von CDU-Politikern am Wahlabend, zehn Jahre danach, nur als dreist und unverschämt kategorisieren. Erwähnt sei der Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Peter Altmeier, der, vor Kameras gestellt, von einer „verheerenden Situation“ in Berlin sprach. Man war versucht, nachzufragen, ob er da nicht was verwechselt hat, sprich seine Chaostruppe – die schwarze gelbe Bundesregierung.

Mit Blinkzeichen auf die Senatsbank kommentierte die gescheiterte Grünen-Herausforderin von Klaus Wowereit, Renate Künast, derart, dass sie kein billiger Ersatz der LINKEN sein wolle. ROT-ROT warf sie gar Stillstand vor. Das sagt eine Politikerin, die im Wahlkampf für Tempo-30-Zonen warb. Wie soll man das nennen? Üble Nachrede? Realsatire?

Machen wir es doch mal konkret, und blicken in die LINKE-Bilanz der vergangenen Wahlperiode. Eine Auswahl: Seit 2005 entstanden 118 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. In einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor entstanden 7000 Stellen. Beziehungen von ALG-II konnte vor allem durch das Engagement der LINKE-Senatorin Knake-Werner der Wohnungsumzug weitgehend erspart werden. Eingeführt wur-

de ein Informationsfreiheitsgesetz, das die Offenlegung der von SPD und CDU teilprivatisierten Wasserverträge rechtlich möglich machte. Verhindert werden konnte der Bau eines Kohlekraftwerkes. Studiengebühren gibt es auch Dank LINKS nicht, stattdessen gibt es ein Begrüßungsgeld für Studierende, die ihren Wohnsitz in Berlin nahmen. Junge Eltern konnten sich über drei beitragsfreie Kita-Jahre freuen. Mit dem Berlin-Pass bleiben durch günstigere Preise und Tarife sozial Benachteiligte nicht völlig von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Erfolgreich bewältigt wurde die Berliner Bankenkrise, wobei auch 8000 Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Als erstes Bundesland setzte Berlin die Kennzeichnungspflicht von Polizisten durch.

In Sachen direkter Demokratie nimmt Berlin eine Spitzenposition ein: Volksentscheide, Bürgerhaushalte in fünf Bezirken, Wahlalter 16 in den Bezirken. Ist hier nicht eine LINKE-Handschrift erkennbar?

Offensichtlich gelang es der Berliner Linkspartei nicht, ihre arbeitsteiligen Anteile der Senatspolitik in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Hierin mag eine Ursache für die Wahlniederlage der LINKEN begründet sein. Zum anderen war sicher auch manch fragwürdiger Beitrag in der Debatte um den Mauerbau für die wahlkämpfende Berliner LINKE nicht gerade hilfreich. Rückenwind sieht anders aus!

Apropos Mauer und Teilung: Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag, den DIE LINKE. durch ihr Regierungshandeln im Senat, beim Zusammenwachsen, der einst so brutal in Ost und West geteilten Stadthälften Berlins geleistet haben dürfte. Haben sich da nicht etwas mehr Nähe und mehr Kenntnis voneinander eingestellt? Sind hier nicht Berührungsängste und beiderseitige Vorurteile abgebaut worden?

Was nun ansteht, ist eine kraftvolle und konstruktive Opposition durch die neue LINKE-Fraktion. Zudem will man von der LINKEN in ihrer Senatszeit Erreichtes bewahren und verteidigen. Ferner sollte man selbstbewusst und selbstkritisch an die Aufarbeitung der Geschichte der zehnjährigen Verantwortung der PDS/LINKEN im Berliner Senat gehen. Für die, die es beim nächsten Mal noch besser machen sollen.

René Lindenau

Bedingungsloses Grundeinkommen oder Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung ?

Aus der Programmdebatte der Cottbuser AG Soziales

Im Kontext zur Programmdiskussion befasste sich die AG Soziales mit der Problematik des in der Diskussion befindlichen Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Die Mitglieder der AG kamen zu dem Ergebnis, dass ein BGE in absehbarer Zeit keine Option zur Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit sein kann.

Es steht für DIE LINKE außer Frage: Die Hartz-IV-Regelung und -Praxis bedeuten Armut und Verletzung der menschlichen Würde. Sie sind Teil der radikalisierten neoliberalen Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der BRD mit der Folge einer vertieften sozialen Spaltung der Gesellschaft und gravierenden Zunahme von Armut. Das beunruhigt selbst einige Superreiche, die mehr Steuern zahlen wollen, weil sie in der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich eine Gefährdung ihrer Existenzbedingungen erblicken.

Es geht um die Abwehr der fortwährenden Angriffe auf die bestehenden Sozialsysteme und Veränderungen der sozialen Existenzbedingungen in Armut lebender und von Armut bedrohter Menschen durch die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung mit dem Anspruch, damit allen, die sich aus unterschiedlichen Gründen an Erwerbsarbeit nicht beteiligen können, die Möglichkeiten auf ein Leben in Würde zu erschließen. Ihre Höhe muss somit über der Armutsgrenze liegen, die gegenwärtig bei 930 Euro monatlich (laut Statistischem Bundesamt) zu beziffern ist.

Das Projekt des bedarfsorientierten Grundeinkommens korrespondiert mit den Forderungen nach Einführung eines Mindestlohnes, aktiver Arbeitsmarkt-Beschäftigungs- und Strukturpolitik, Arbeitszeitverkürzungen sowie Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Das von einigen Linken favorisierte bedingungslose Grundeinkommen – im Programmentwurf als weiter zu diskutierende Option ausgeführt – ist nach Auffassung der AG-Mitglieder kein Lösungsweg für die künftige Gestaltung des sozialen Lebens.

Die Zuerkennung eines Anspruchs für Jeden auf bedingungsloses Grundeinkommen würde eine grundlegende Veränderung der erkämpften und gewachsenen sozialen Sicherungssysteme, der Beziehungen zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen und des Verhältnisses zur Erwerbsarbeit bedeuten, anstatt daran anzuknüpfen.

Die Befürworter des BGE sehen die Menschen in der Gesellschaft nur als Individuen und deren Freiheit als einen rein individuellen Akt und als Ergebnis der Umverteilung der geschaffenen Güter. Emanzipation ist jedoch nach bisherigen Erkenntnissen ein gesellschaftlicher Prozess.

Uns haben sich Fragen gestellt: Wie funktioniert eine Gesellschaft, in der das Leben gewissermaßen von der Arbeit „erlöst“ ist, der soziale Schutz, die Daseinssicherung von der Erwerbsarbeit entkoppelt wird?

Kann die Beteiligung an der Wertschöpfung durch Arbeit ganz dem Individuum anheimgestellt werden?

Wenn die Arbeit nicht mehr als Basis der Daseinssicherung gelten soll, wie wird der arbeitsteilige Prozess der Herstellung materieller Güter, kultureller Werte, der Bildung funktionieren?

Wird die Arbeit dennoch grundsätzlich massenhaft erstes Lebensbedürfnis bleiben?

Im England des 18./19. Jahrhunderts führte der Versuch, in der Armenfürsorge alle Fürsorgeleistungen ohne Erwerbsbereitschaft zu gewähren, zu einem Desaster. Ein großer Teil der Bevölkerung wollte nicht mehr arbeiten, weshalb man die Leistungsbedingungen korrigieren musste.

Wie muss der Mensch beschaffen sein, der ohne jegliches Leistungsprinzip sowohl für das eigene Dasein als auch das aller übrigen Gesellschaftsmitglieder mit akzeptablen Ergebnissen wirkt?

Schließlich kann nicht außer Acht bleiben, dass unsere Gesellschaft mit ihrer Wirtschaft und ihrem Sozialsystem in einer globalen Weltwirtschaft mit mehr oder weniger offenen Grenzen existiert.

Jede Sozialpolitik muss den mannigfaltigen internationalen Verflechtungen Rechnung tragen. Wie sollte ein BGE unter diesen Bedingungen realisiert werden? Nachteilige Auswirkungen sind unseres Erachtens abzusehen. Die Wirtschaft könnte es freuen, wenn nur noch eine Art Kombilohn gezahlt werden müsste.

Entsolidarisierung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen und Bedeutungsverlust der Gewerkschaften wären zu erwarten. Gerechtigkeitsdefizite neuer Art würden auftreten.

Unbestritten und unerträglich für viele Menschen in unserer Gesellschaft sind die vielfach diskriminierenden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Begründung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen überhaupt. Das BGE ist nach Auffassung der AG-Mitglieder aber nicht die Fortentwicklung unseres zweifellos veränderungsbedürftigen Sozialsystems, sondern Sozialromantik mit einer Verklärung des Menschen und seiner Bedürfnisse.

Versuchen wir es doch nachdrücklich mit einer deutlichen Reduzierung der Arbeitszeit, der Überwindung der Leih- und Zeitarbeit, einem Mindestlohn für alle, einer armutsfesten Rente, der Bildung für alle, einer Bürgerversicherung und der Beseitigung der Hartz-IV-Gesetze und Ersetzung durch armutsfestes Grundeinkommen sowie einer demokratischen Mitbestimmung in der Wirtschaft und Politik, die einen solchen Namen verdient.

Gerda Raabe



Wir brauchen junges Blut, neue Ideen und viel Elan für unsere weitere Arbeit

Gespräch mit Herbert Schulze, Vorsitzender der Cottbuser Basisorganisation 7

Das „Herzblatt“ berichtet wieder aus einer Cottbuser Basisorganisation (BO). Wir waren diesmal im Gespräch mit Herbert Schulze, Vorsitzender der BO 7.



Welches Gebiet umfasst Eure BO und wie sieht sie aus, was geschieht?

Wir sind im Cottbuser Zentrum, das heißt Brandenburger Platz, Straße der Jugend bis zur Parzellenstraße, bis zur Spree, zur Ostrower Straße. Dort leben rund 1000 Bürger.

In unserer BO waren es einmal 24 Mitglieder. Jetzt sind es leider nur noch sechs. Für mich ist die Grundfrage: Alles tun, um die Gruppe zu erhalten und möglichst zu erweitern. Ich glaube es kaum, aber es ist tatsächlich so: Ich bin 87 Jahre alt, unser Durchschnitt ist 81, aber wir kämpfen weiter.

Ich bin nun 16 Jahre lang BO-Chef. Damals wurde ich darum gebeten, und danach wurde ich immer wieder mit Hurra gewählt. Zuvor war ich schon im Wohnbezirk tätig.

Wie soll es Deiner Meinung nach weitergehen?

Meine Hauptanliegen: Was wir verändern möchten ist, dass die jungen Genossen in die BO kommen, damit junges Blut da ist. Neue Ideen und Elan müssen in die Gruppe. Und das betrifft nicht nur unsere BO. Man muss miteinander reden, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt. Es ist doch normal, miteinander zu reden und zu arbeiten.

Ich habe gute Kontakte zu vielen Bürgern. Die jungen Genossen werden gebraucht, sie müssen nicht unter sich sein. Leider ist es uns bisher nicht gelungen, sie für die BO zu gewinnen.

Was passiert in Eurer BO?

Wir waren monatlich oder zweimonatlich zusammen. Da wir nun einmal nicht mehr die Jüngsten sind, treffen wir uns nicht mehr so oft.

Bei unseren Treffen reden wir über alles, vor allem über die Beschlüsse des Stadtvorstandes und der Partei generell. Das muss

auch Gegenstand der Gespräche mit unseren Nachbarn, mit allen Menschen sein, damit es ankommt. Und es gibt viele Sympathisanten für unsere Partei. Außerdem gibt es ja die Mitgliederversammlungen.

Das Wichtigste für unsere BO ist aber der Jahresabschluss. Das ist deshalb wichtig, um dort den Genossen Mut für Weiteres zu machen, ihnen zu danken für die gute Arbeit, Ihnen kleine Anerkennungen dafür zu geben. Denn sie tun Vieles. Sie verteilen Parteimaterial an die Bürgerinnen und Bürger, so wir es bekommen, auch das „Herzblatt“, das sehr gut ankommt. Sie reden mit ihnen, halten Kontakt.

Sie unterstützen auch die Partei-Stände, zum Beispiel am 1. Mai, und helfen beim Sommerfest. Es ist schon schwierig für sie, aber es ist notwendig, und deshalb tun sie es.

Aber, wie schon gesagt: Wir brauchen junge Leute, überhaupt brauchen wir neue Mitglieder in der BO. Es ist nun einmal so: Es werden alle älter. Viele ziehen weg und sehr viele Neue kommen hierher. Mit Ihnen muss man reden, auf sie zugehen.

Wo wir unsere BO haben, in der Seele der Stadt, hat sich sehr viel verändert und es verändert sich ständig weiter.

Wie stehst Du zur aktuellen Politik der LINKEN?

Für mich ist klar, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Es gab und gibt harte Diskussionen, zum Beispiel ob, laut Lothar Bisky, die „alten Säcke“ durch die Jungen abgelöst werden sollen. Es ist schon so, aber die Diskussion darum ist nicht nötig und sie ärgert mich. Natürlich kann Jeder sagen, was er will, dazu stehen wir. Aber über jedes Ding endlos zu diskutieren, das ärgert mich. Logisch: Jeder hat andere Gedanken, aber es muss nicht immer bis zum Messer gehen. Ich bin nicht bereit, da mitzumachen. Über die anderen Querelen will ich gar nicht reden.

Wie soll es Deiner Meinung nach weitergehen?

Das Allererste: Das Parteiprogramm durchsetzen! Das müssen wir! Man muss es kennen und danach handeln. Man muss mit den Menschen sprechen, es ihnen erklären und sie gewinnen.

Das ist das Wichtigste. Wir müssen das umsetzen, was beschlossen wurde. Wenn da Alle mitmachen, stehen wir super da. Viele wollen das, auch wenn es ihnen oft schwer fällt. Aber alle unsere Genossen arbeiten aktiv, sie sind aktiv. Und das ist das Schöne.

Was ist Dein Fazit?

Mein Anliegen ist: Mit den Basisorganisationen muss viel besser gearbeitet werden, denn sie müssen erhalten bleiben, sie müssen gestärkt werden. Denn wenn sie nicht wären, wäre Vieles anders. Ich kann nicht von Oben posaunen, denn in der Gruppe wird die Parteiarbeit konkret. Ich versuche, die BO zu erhalten, aber man muss uns als Vorsitzende auch helfen, zu führen.

Und, nochmals gesagt: Wir brauchen junges Blut!

*Im Gespräch mit Herbert Schulze
war Horst Wiesner
Foto: howi*

.....

P.S.: In den kommenden „Herzblatt“-Ausgaben werden wir aus der Arbeit weiterer Basisorganisationen berichten.

Eine Partei im Widerstreit

Wenn eine Partei debattiert, ist das ansich ein Ausdruck ihrer Lebendigkeit und wäre damit auch nicht problematisch. Zum Problem wird die Debatte in einer Partei nur, wenn sie sich übermäßig in innerparteilichen Räumen abspielt und sie den eigentlich entscheidenden öffentlichen Raum nur unzureichend oder gar überhaupt nicht mehr erreicht.

Womit wir bei der Partei DIE LINKE. wären: Denn was hat sie aus ihrem großartigen Erfolg bei den letzten Bundestagswahlen 2009, wo sie fast zwölf Prozent erreichte, geschafft? Und wo steht die Partei knapp zwei Jahre vor den nächsten Bundestagswahlen? Darum soll es hier gehen.

Man kommt dabei nicht um die Feststellung herum, dass sich DIE LINKE. seitdem weitgehend mit sich selbst beschäftigt hat und manche überflüssige, auch missverständliche Diskussion um „Wege zum Kommunismus“ und Mauerbau führte. War die Partei bei all jenen notwendigen Klärungsprozessen dieser Art nicht schon weiter? Aus Gründen des Stils, wie auch aus inhaltlichen Erwägungen heraus, war zudem ein an Fidel Castro gerichteter Geburtstagsbrief der beiden LINKE-Vorsitzenden kritikwürdig. Allesamt linksparteischädigend!

Manches davon hätte also vermieden werden können, um nicht zu sagen, müssen: Sitzenbleiben dreier Delegierter beim Gedenken an die Mauertoten auf einem Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern. Anderes Beispiel: Lötzsch Auftritt bei der 2011er Luxemburg-Konferenz „Wege zum Kommunismus“. Bei vorhandener Lesekompetenz und entsprechender politischer Bildung wäre ein weit weniger aufgeregter Umgang möglich gewesen. Auch in den eigenen Reihen.

In dieser unseren verBILDeten Medienlandschaft hat es DIE LINKE. ohnehin schwer, sich mit ihren Angeboten und Konzepten in Sendern und Zeitungen zu platzieren. Und nun tut die Partei seit fast zwei Jahren auch kaum noch was anderes, als die Medien mit immer neuen Querelen und fruchtlosen Debatten zu füttern. So jedenfalls, die weithin spürbare öffentliche Wahrnehmung der LINKEN. Dafür ist sie doch aber nicht gewählt worden! So wird sie ihrer Verantwortung und ihrem Wählerauftrag nicht gerecht!

Wenn das gegenwärtig so empfunden wird, dann sind die Ursachen für das Versagen, die Schuld und die Verantwortung hierfür nicht nur in der Bundesspitze zu suchen.

Die Landes- und Kreisverbände müssen sich in dieser Situation ebenso kritisch hinterfragen lassen, was sie getan oder gelassen haben. Das, wenn man so will, Tragische ist ja: Trotz allem haben tausende Parteimitglieder solide ihre Arbeit gemacht. Andere führten engagierte Wahlkämpfe.

Bei aktuellen Auseinandersetzungen unserer Zeit, wie um den Atomausstieg, Vorratsdatenspeicherung, Mindestlohn, Stuttgart 21, Widerstand gegen Panzerlieferungen an Saudi-Arabien, Finanzkrise und anderes – da hat die Partei DIE LINKE. Flagge gezeigt und vor Ort ihre Stimme erhoben. Aber zum großen Teil haben es innerparteiliche destruktiv eingestellte Wegelagerer geschafft, konstruktiv eingestellte Wegbereiter auszubremsen und deren Aktivitäten zu überlagern. So könnte man es sehen.

Unbestrittener Fakt dürfte sein, dass der Zustand der Linkspartei nicht befriedigen kann. Gelegenheiten, sie stabiler im politischen System der Bundesrepublik zu verankern, blieben ungenutzt und wurden verschenkt. Wer hatte eigentlich das Recht dazu...?

Nun hat die Partei in dieser Phase auch ihr erstes Programm zu erarbeiten. Gerade diese Programmdebatte hat wiederum gezeigt, dass DIE LINKE. sich immer noch kulturvoll und auf hohem intellektuellem Niveau auseinandersetzen kann und so auch zu tragfähigen Ergebnissen kommen kann. Die beiden Programmwürfe legen davon Zeugnis ab.

Diese Programmarbeit war ein notwendiger Prozess der Selbstfindung und Selbstverständigung der Partei. Sie war unabdingbar, um Standpunkte deutlich zu machen, konzeptionelle Leerstellen mit Inhalt zu füllen. Das alles, um der Linkspartei ein zukunftsfähiges und belastbares Profil anzulegen.

Also – einen kleinen Lichtblick gibt es doch. Vielleicht wird er nach dem Erfurter Parteitag im Oktober noch heller, wenn dieser mit guten Beschlüssen einen erfolgreichen Verlauf genommen hat.

Danach muss die Parole aber wieder lauten: Raus aus den Hinterzimmern und Kungelrunden, hinein in den gesellschaftlichen Alltag, ran an die Brennpunkte des realen Lebens! Nur so ist eine erfolgreiche Parteientwicklung möglich, und nur so sind auch künftig Wahlerfolge möglich.

Klar, eine Partei ist zunächst eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Aber eben nicht nur. Vor allem muss sie, hier DIE LINKE., eine Aktionsgemeinschaft sein, die aktiv in politische Prozesse eingreift und Themen setzt, an die die politische Konkurrenz aus vielerlei Gründen (Lobbyismus, Unternehmensspenden und anderes) nicht rangeht. Das erwarten Mitglieder und Sympathisanten sowie ihre Wähler von ihr! Nicht mehr und nicht weniger!

Text: René Lindenau

Leserbrief zum Artikel

Hi René,

Dein Artikel trifft den Nagel auf den Kopf: Die Außendarstellung der Linkspartei in der Öffentlichkeit ist unter aller Sau.

Ich kann das ja nur von hier aus, aus Bayern, wo die Partei ohnehin kaum eine Rolle spielt, tatsächlich beurteilen, aber hier ist die Partei in der öffentlichen Wahrnehmung echt kaum vorhanden, und man bekommt nur aus den bundesweiten Nachrichten ein wenig was mit, und das sind insbesondere Querelen oder eben inakzeptable Ausrutscher wie die torpedierte Gedenkfeier für die Maueroopfer. Gibt es da Niemanden, der das mal professionell in die Hand nehmen möchte? Oder – falls das jemand macht – hat der Ahnung von seinem Job? Ich fürchte, so bleibt die Linkspartei im Westen eine Splitterpartei, die überwiegend an der Fünf-Prozent-Hürde hängenbleiben wird.

Handwerklich ist Dein Artikel wieder richtig gut geworden, ich hab ihn mit Freude gelesen, und ich freu mich schon auf den nächsten...

Herzliche Grüße aus dem Süden!

Michael H.

Peter Pollack, Vorsitzender des Bürgervereins Cottbus Sachsendorf/Madlow:

Ehrenamtliches Engagement Vieler ist das A und O

„Herzblatt“-Gesprächsreihe mit Vorsitzenden der Cottbuser Bürgervereine

Wenn regionale Medien über Bürgervereine in Cottbus berichten, wird sehr oft Sachsendorf/Madlow als positives Beispiel genannt. Was unterscheidet Euch von den anderen Vereinen der Stadt? Was macht Ihr besser?

Jeder Verein hat sein eigenes Gesicht. Keiner ist besser oder schlechter. In jedem Verein ist das ehrenamtliche Engagement möglichst Vieler das A und O für den Erfolg, gleich ob als Mitglied oder Nichtmitglied. Je mehr sich dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Interesse der Bürger von Sachsendorf/Madlow einbringen, umso erfolgreicher wird unsere Vereinsarbeit sein. Wir haben hierbei Einiges erreicht, sind aber noch längst nicht am Ende der Fahnenstange. Ziel ist eine immer engere Vernetzung des Vereins mit Schulen, Kindereinrichtungen und Gewerbetreibenden. Dafür müssen die Aufgaben auf noch breitere Schultern verteilt werden.

Auf welche Beispiele spürbarer Veränderungen beziehungsweise Verbesserungen zum Wohle der Bürger könnt Ihr besonders stolz sein? Und wo klemmt noch die Säge?

Jeder, der durch unsere Stadtteile geht, kann es sehen: Sachsendorf/Madlow hat sich zu einem grünen Stadtteil entwickelt. Das Wohnumfeld für die Bürgerinnen und Bürger ist spürbar schöner und attraktiver geworden. Beispiele dafür sind unter anderem die Gelsenkirchener Allee, das Soziokulturelle Zentrum als Begegnungsstätte, der Gelsenkirchener Platz mit Zelt, der Skater- und Radwanderweg am Priorgraben, der Freizeitpark und vieles mehr. Eine gute Tradition sind inzwischen das jährliche Bürgerfest und die Weihnachtsfeier für sozial benachteiligte Kinder. Stolz sind wir auch auf die Tanzgruppe des Bürgervereins und unseren Anteil bei der Gründung des Sachsendorfer Kinderchores. Das alles ist auch nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit mit der e.G. Wohnen, der GWC und der Stadt Cottbus. Natürlich verläuft das alles nicht reibungs- und problemlos. Nicht selten stehen dem ehrenamtlichen Engagement bürokratische Hürden im Wege. Wenn beispielsweise vor drei Jahren noch ein Antrag beim Ord-

nungsamt genügt, müssen jetzt schon mehrere Anträge gestellt werden.

Große Resonanz fand auch in diesem Jahr Euer Bürgerfest unterm Zelt. Nun schon zum 13. Mal – eine tolle Leistung. Allerdings zum ersten Mal nur an einem Tag. Warum diese Verkürzung?

Das ist ein Ergebnis der miesen Finanzlage der Stadt. Das Förderprogramm „So-



ziale Stadt“ ist 2010 ausgelaufen. Hinzu kommt, dass ich durch meine neue berufliche Tätigkeit an die Grenzen meines ehrenamtlichen Engagements gestoßen bin.

Welche weiteren Konsequenzen hat die kritische Haushaltslage der Stadt für die Vereinsarbeit?

Wir hatten 2008 erreicht, dass die Stadtteile künftig ein Stadtteilbudget in Höhe von 0,20 Euro pro Bewohner erhalten. Dafür sind wir dem Oberbürgermeister und allen Stadtverordneten dankbar. Ich hoffe nur, dass dieser Betrag auch künftig zur Verfügung steht.

Dass die Haushaltslage kritisch ist, liegt an Entscheidungen in den 90er Jahren. In unserem LINKE-Wahlprogramm haben wir für die Stärkung unserer Stadt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Rekommunalisierung von Einrichtungen und Betrieben verankert. Leider merken wir nichts davon.

Seit einiger Zeit habt Ihr einen „Stadtteilladen“ in eigener Regie. Was muss man sich darunter vorstellen?

Der Stadtteilladen war im Rahmen der „Sozialen Stadt“ eingerichtet und durch

den Stadtteilmanager hauptamtlich betrieben worden. Seit dem 1. Januar wird er im Interesse der Bürgerinnen und Bürger durch den Bürgerverein geleitet. Hierbei handelt es sich um eine Anlaufstelle für Sachsendorfer und Madlower, wo sie ihre alltäglichen Sorgen und Nöte loswerden können. Er ist zugleich der Sitz der „Quartierläufer“ und täglich in der Zeit von 8.00 bis 9.00 Uhr geöffnet.

„Quartierläufer“?

Sie gehören zu einem Modellprojekt des Landes Brandenburg, einem Konzept zur Verbesserung des Stadtbildes und des solidarischen und gewaltfreien Miteinanders im Territorium. Es geht dabei um den Abbau sozialer Spannungen infolge Arbeitslosigkeit, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit. Die daraus erwachsene Verschärfung der Lebenssituation, die soziale Abhängigkeit, sind auch ein Nährboden für Intoleranz, Rechtsradikalismus, Gewaltbereitschaft und Kriminalität. Dem vorbeugend entgegenzuwirken wurden vier Quartiergrenzen bestimmt, in denen je ein Quartierläufer nach dem Rechten schaut, Rundgänge stattfinden, Gespräche geführt, Kontakte geknüpft, Probleme der Bürger entgegengenommen werden.

Was sind das so für Probleme? Welche Möglichkeiten und Potenzen habt Ihr überhaupt, um wirklich helfen zu können? Sind Euch da nicht durch die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse beziehungsweise finanziellen Engpässe oft die Hände gebunden?

Die größten Sorgen und Nöte die Sachsendorf/Madlower haben, sind, eine Arbeit zu bekommen. Etwa 50 Prozent von ihnen leben an der Armutsgrenze. Dabei können wir nicht helfen, aber wir können an alle ansässigen Unternehmen appellieren, dass diese fleißigen Menschen eine Anstellung erhalten. Schließlich wollen sie ihren Lebensunterhalt alleine verdienen.

Damit würde zugleich der städtische Haushalt entlastet, und es käme auch mehr Geld in die Kassen.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Ehrenamtliches Engagement Vieler ist das A und O

(Fortsetzung von Seite 9)

Erstmals fand im Januar dieses Jahres ein von Eurem Verein initiiertes Wirtschaftsstammtisch statt. Worum ging es dabei, und was verspricht Ihr Euch von solch einem Forum?

Hierbei ging es um das gegenseitige Kennenlernen der ansässigen Unternehmen, das Erfassen ihrer Probleme, um mit der Stadtverwaltung Lösungen zu finden. Wir wollen einen Katalog aller ansässigen Unternehmen erstellen, wo ihre Dienste und Leistungen die Bewohner anregen sollen, diese in Anspruch zu nehmen, damit das Geld in der Stadt bleibt und für die Bürgerarbeit zur Verfügung steht.

Zum Schluss eine persönliche Frage. Du bist schon über viele Jahre ein engagierter LINKER. Aus welcher Quelle beziehst Du Dein großes gesellschaftliches Engagement? Auch aus Deiner Parteizugehörigkeit?

Meine Kraft nehme ich aus den strahlenden Augen der Menschen. Es gibt „Ich“- und „Wir“-Menschen, und die gibt es in allen Parteien. Als kleiner Bub bin ich in einer Gemeinschaft aufgewachsen, wo wir uns gegenseitig unterstützt haben. Im Sport, ob als Geräteturner oder als Handballer, konnte man nur etwas erreichen wenn man zusammen gehalten hat. Für mich steht der Mensch im Mittelpunkt, davon wird mein Handeln bestimmt.

*Mit Peter Pollack sprach
Joachim Telemann,
Foto: Horst Wiesner*

Am **19. Oktober um 17.00 Uhr** im „Brandenburger Hof“ stellen die Autoren Rainer Rupp (u.a. von 1977 bis 1989 Quelle der Hauptverwaltung Aufklärung im NATO-Generalsekretariat in Brüssel), Karl Rehbaum und Klaus Eichner ihr neues Buch mit dem Titel „Militärspionage. Die DDR-Aufklärung in NATO und Bundeswehr“ vor. Bucherwerb ist vor Ort möglich. Es laden ein: Rot-Fuchs RG Cottbus, TAG GRH und TIG ISOR.

2. Bauabschnitt des Carl-Blechen-Zentrums



Fast 20 Jahre waren die Pavillons und die Bowlingbahnen mit Gaststätte dem Verfall preisgegeben. Am 5. Mai 2011 waren sie noch so zu sehen. Es wurde höchste Zeit für eine Veränderung.

Noch immer gibt es viele Stimmen, die eine Sanierung des einstigen Einkaufs- und Freizeitzentrums bevorzugt hätten.

Andere wiederum halten das Anfang der 90er Jahre vorgestellte ECE-Projekt gegenüber dem jetzigen als wesentlich schönere Variante, die längst Realität wäre (ECE-Projekte sind unter anderem die sehr beliebte Dresdener Altmarkt Galerie und das Kornmarkt Center in Bautzen).



Die Abrissbagger haben ihr Werk getan. Jetzt, im Herbst soll mit dem Neubau begonnen werden. Am Bauzaun zeigen Computerbilder des Architekturbüros das künftige Cottbuser Einkaufszentrum, welches mit dem 2. Bauabschnitt vollendet wird.

(Fotos: Comedo/11)

Der zweite Sonntag im September: Tag der Erinnerung und Mahnung

Auf Einladung von Hans Coppi habe ich die Ausstellung „Frauenzuchthaus Cottbus“ am 11. September in Berlin präsentiert.

Hans Coppi ist der Sohn von Hilde und Hans Coppi, die in Plötzensee hingerichtet wurden.

Seit 1990 ruft der Bund der Antifaschisten, gemeinsam mit über 30 Organisationen aus Ost- und Westberlin, auf, am zweiten Sonntag im September unter dem Motto „Antifaschismus – Menschlichkeit in Aktion“ einen „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ zu begehen. Er knüpft an die überparteilichen Kundgebungen in den frühen Nachkriegsjahren an, gibt dem Tag aber zugleich ein neues Gesicht durch ein buntes Kulturprogramm. Diskussionsrunden, Zeitzeugengespräche, Infostände und

Ausstellungen bieten Möglichkeiten zum Austausch.



Jana Dieckmann (arbeitet mit Coppi zusammen), Herta Venter und Hans Coppi

Die Erinnerung an die Opfer des Faschismus und den Widerstand gegen das Nazi-Regime wird mit einem Appell für

Toleranz und Solidarität verbunden. Aus dem Blick zurück soll Wachsamkeit und Mut für ein Auftreten gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus erwachsen. Unsere Ausstellung „Frauenzuchthaus Cottbus - Vom Arbeitslager ins KZ“ fand ein breites Interesse. Ich habe Flyer verteilt und damit unser Anliegen, eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus auf dem ehemaligen Gelände des Frauenzuchthauses in Cottbus zu errichten, bekanntgemacht.

Ich habe Markus und Monika Pilarski von der VVN Brandenburg kennengelernt, die mich gebeten haben, am 8. Oktober mit der Ausstellung zu einer Konferenz nach Potsdam zu kommen und an der Podiumsdiskussion „Zukunft der Gedenkstätten in Brandenburg“ teilzunehmen.

Herta Venter

Großes Treffen der tschechischen LINKEN in Kinetická Hora am 3. September

Das Treffen der tschechischen LINKEN in Kinetická Hora bei Pardubice immer am ersten Septemberwochenende hat eine lange Tradition und ist immer außerordentlich gut besucht. Wir als Berlin-Brandenburger LINKE sind seit Jahren mit eigenem Infostand dabei und bericht(et)en und informier(t)en über unsere Partei, aktuelle Entwicklungen und gemeinsam zu tragende Aktionen, wie zum Beispiel den Kampf gegen Bombodrom und Radar, antifaschistische Aktionen, wie die Abwehr des Naziaufmarsches in Dresden.

Neu in diesem Jahr war, dass wir uns unter der Fahne der Europäischen Linken (EL) gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen der KSCM Hradec Kralove, Jicin und Mittelböhmen unter einem gemeinsamen Infostand präsentierten – als sichtbarer Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit.

Auf dem Treffen stellen sich die führenden Genossinnen und Genossen der KSCM und der Gastparteien und die Schwerpunkte der aktuellen Politik öffentlich vor. Ganz klar, die Finanzkrise, die Abwehr unsozialer Sparpläne, die

Forderung nach Beendigung der aktuellen Kriege und der NATO-Beteiligungen daran standen im Zentrum alle Reden.

An unserem Stand sammelten wir unter anderem zahlreiche Unterschriften



Sonja und Frithjof Newiak am LINKEN Stand in Kinetická Hora

Foto: Uwe Titscher

unter eine Petition an die Stadt Königs Wusterhausen zum Wiederaufbau einer antifaschistischen Gedenkstätte nach dem beschämenden Abriss der Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals.

Parallel führte der Koordinierungsrat unseres Netzwerkes Brandenburg der EL eine Beratung über die nächsten Vorha-

ben zur Stärkung der Aufmerksamkeit der nationalen Parteien für die Tätigkeit der Europäischen Linken durch. Wir wollen, dass die Europäische Linke stärker vor Ort im Bewusstsein und Handeln der Mitgliedschaft zum Tragen kommt.

Zu unserer Freude nahmen an dieser Beratung auch zwei Genossen aus der Slowakei teil. Die slowakischen Genossinnen und Genossen sind besonders scharfen antikommunistischen Anfeindungen ausgesetzt, die KSS ist daher stark geschwächt und benötigt besondere Unterstützung.

Die Gelegenheit des internationalen Zusammentreffens nutzend, warben wir für die Teilnahme an der europaweiten Gewerkschaftsdemonstration am 17. September in Wroclaw gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Werktätigen und sozial Schwachen. (Leider verlief die Mobilisierung im eigenen Land dafür durch den DGB auch nur sehr verhalten.)

Verabredet wurde, dass wir uns im Januar 2012 in Berlin zum Liebknecht-Luxemburg-Gedenken alle wiedersehen werden.

Sonja Newiak,

Netzwerk EL Brandenburg

Der Schoß ist fruchtbar noch...

In den frühen Morgenstunden des 3. September schändeten Neofaschisten das unter Denkmalschutz stehende VdN-Denkmal in Königs Wusterhausen. Sie beschmierten es mit hellbrauner Farbe.



Mit Zorn nahmen die Teilnehmer und die Organisatoren der Veranstaltung vom Kreisverband Königs Wusterhausen der VVN-BdA die Schändung zur Kenntnis.

Einige Neonazis besaßen die Dreistigkeit und versuchten sogar, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Polizei sprach einen Platzverweis aus.

Die Veranstaltung war dem Wirken antifaschistischer Kräfte aus der Region Königs Wusterhausen gewidmet. Die Notwendigkeit des Verbotes der NPD wurde von mehreren Rednern gefordert.

Die Aktualität dieser Forderung bleibt erhalten. Denn der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!

Sonja Newiak

Nicht nur

am Niederrhein Niedriglöhne
in Konstanz konstante
Giersverschuldung
von Arbeitslosigkeit
in Bingen Mobbing
dreimal Überall-Schandmal
des Kapitalismus

Jürgen Riedel

Sein neuer Lyrikband „Für mehr Demokratie“ erschien im Verlag Wiljo Heinen, ISBN 978-3-939828-64-8

LINKSJUGEND Cottbus in aller Welt

Schon seit über 20 Jahren ist DIE LINKE auf den großen linken Pressefesten in Wien, in Portugal und in Paris vertreten. Und auch schon seit Jahren werden diese Stände durch junge Genossinnen und Genossen aus Cottbus unterstützt. In diesem Jahr war es nach kurzer Pause mal wieder soweit. Zunächst ging es mit Sten, Bibi, André und Alex nach Wien – zum Volksstimmefest. Da wir alle noch nie ein solches Pressefest besucht hatten, waren wir auf das, was uns erwartet, sehr gespannt.

Das Volksstimmefest gibt es nun schon seit über 20 Jahren in Österreich und obwohl die ausrichtende Zeitung vor zwei Jahren Konkurs anmelden musste, hat das Fest zum Glück überlebt. Über mehrere Zelte erstreckte sich unser Stand, welchen wir zusammen mit dem „Kleinen Buchladen“ aus dem KL-Haus und dem „Neuen Deutschland“ hatten. Neben all den Flyern und Informationen über die Partei, die Rosa Luxemburg Stiftung und die verschiedenen Fraktionen (Bundestag, GUE/NGL, etc.) hatten wir



natürlich auch alles Mögliche an Werbematerialien mit. Vielleicht gerade, weil es DIE LINKE nicht in Österreich gibt – und auch sonst keine klare große linke Partei – waren die Besucher des Festes sehr interessiert an unserem Stand. Viele Plakate, Kugelschreiber und Buttons wurden eingesteckt, viele interessante Gespräche wurden geführt. Und auch uns als Standbesatzung machte das Fest einen riesen Spaß. Neben vielen kulinarischen Gerichten aus aller Welt gab es auch die verschiedensten Stände mit Kultur, Musik und Politik. Irgendwie ein Riesen-Volksfest, welches vor allem ganz viele Familien anlockte. Natürlich blieb auch noch genügend Zeit, Wien touristisch zu erkunden.



Kaum eine Woche später waren Sten und ich wieder auf Tour. Nun zusammen mit Lukas, Juliane und Fabian zur fête de l'Humanité nach Paris. Allein die Anfahrt mitten in der Nacht über Belgien nach Paris war schon ein Erlebnis an sich. Und obwohl schon das Volksstimmefest in Wien unser Fest der LINKEN in Berlin bei weitem übertraf, so war das Festgelände in Paris noch um einiges größer. Aus jedem Departement in Frankreich war eine Delegation der Kommunistischen Partei mit einem eigenen Stand vertreten. Dazu kamen aus aller Welt verschiedene Stände der dortigen linken Parteien, unzählige Stände mit landestypischen Gerichten und natürlich viel Platz für Musik und Kultur. Wollte man alles sehen, so musste man schon mehr als einen Tag einplanen. Natürlich waren auch wir wieder mit einem riesigen Stand vertreten. Neben originalen Thüringer Würsten gab es Cottbuser Pilsner, Lothar Hoffmanns berühmten Kartoffelsalat, unzählige Werbematerialien und Flyer und einen „eigenen“ T-Shirt Stand mit lauter linken Sprüchen. Wir Cottbuser wurden überall mal eingesetzt – mal an der Zapfanlage, mal an der großen Heliumflasche, aber vor allem am gut besuchten „Glücksrad“. Natürlich ließen wir uns die Gelegenheit nicht entgehen und waren auch am Stand unserer französischen Partnerstadt Montreuil. Hier gab es Sonntagnacht auch das traditionelle Abschlussessen, wobei man sich sehr freute, aus Cottbus ein paar junge Gesichter zu sehen. In die Hand versprochen wir uns ein Wiedersehen im nächsten Jahr und ein Wiederaufleben der politischen Beziehungen.

Text und Fotos: André Groß

Die Devise von Egon Krenz:

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Einige Bemerkungen zur Veranstaltung im „Brandenburger Hof“

Egon Krenz war wieder einmal in der Cottbuser Gaststätte „Brandenburger Hof“. Bislang war es immer sehr schwierig, einen Platz zu bekommen. Diesmal waren es erstaunlicherweise nicht äußerst Viele, die ihn sehen und hören wollten. Vielleicht lag es am Thema „50 Jahre 13. August“? Eingeladen und organisiert hatte die Veranstaltung die „Rot-Fuchs“-Regionalgruppe. Übrigens: Jugendliche waren nur sehr, sehr Wenige anwesend. Vielleicht hatten sie vergessen, was die FDJ als Parole herausbrachte, als er nach Erich Honecker für einige Zeit an der DDR-Führungsspitze stand: „Wir sind die Fans von Egon Krenz.“ Doch lassen wir das einmal ruhen.

Die Veranstaltung war insgesamt sehr interessant. Und es ging nicht nur um den Mauerbau. Egon Krenz erläuterte aus seiner Sicht

vor allem Vieles, was die DDR und die deutsche Geschichte insgesamt betrifft. Er betonte, dass Alles, was jetzt in den Medien über die DDR „berichtet“ wird, meistens nicht stimmt.

Deshalb gilt seine Devise: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“

Was meint er damit genau? Er erklärte, indem er ein Schreiben anführte, das er an den Bundespräsidenten gesandt hatte und keine Antwort bekam. Egon Krenz: Das war mir klar.

Also, was schrieb er? Hier nur einige Dinge: Noch immer fühlen sich zwei Drittel der Ostdeutschen als Bürger Zweiter Klasse. Die Art und Weise der Darstellung der Geschichte der DDR finden sie als Demütigung. Die alte BRD war ein Hort des Guten, die DDR war ein Land des Verbrechens, so wird es vielfach dargestellt. Viele wollen nicht mehr hören, dass die DDR einzig auf Mauer, Stacheldraht und Stasi reduziert wird.

Nummehr noch einige Gedanken von Egon Krenz, der übrigens parteilos ist: Der Mauerbau war eine tragische Notwendigkeit, zitierte er Walter Ulbricht. Den 13. August, so Krenz, hätte es nicht

gegeben, wenn es nicht 1948 die Währungsreform gegeben hätte. Und: Wer den Mauerbau von der Weltpolitik trennt, macht einen entscheidenden Fehler. Die Mauer und die Grenze BRD/DDR waren immer eine Angelegenheit der Weltpolitik, der Großmächte. Es ging um die Verhinderung eines Krieges, denn immerhin wurde Westberlin sogar als die „billigste Atombombe“ bezeichnet. Und er sagte noch: Das „Unglücksdatum“, wie es oft dargestellt wird, war im vergangenen Jahrhundert nicht der 13. August 1961, sondern der Machtantritt Hitlers.

Egon Krenz erinnerte auch an die diesjährige Rede von Angela Merkel im Berliner Museum für Deutsche Geschichte. Die Bundeskanzlerin hatte drei Jubiläums-Erinnerungen: Vor 50 Jahren Mauerbau, vor 20 Jahren Untergang der Sowjetunion, Erfolge

auf dem Balkan. Wo blieb die Erinnerung Vier: Vor 70 Jahren der deutsche Überfall auf die Sowjetunion?

Zur gegenwärtigen Politik hatte Egon Krenz etliche Bemerkungen. Er erklärte, dass im Prinzip alles Heuchelei ist, was von der BRD-Führung auf allen Gebieten gegen die Ex-DDR getan wird. Man will die eigenen Mängel und Gebrechen verdecken, darum zieht man ständig über die DDR her. Was dort gut war, wird total verdeckt. Wir haben die verdammte Pflicht, unser Leben zu verteidigen. Wir hatten das Beste versucht und keinen Grund, uns das durch die heutige Propaganda kaputt machen zu lassen. Außerdem, so Krenz: Was soll die Behauptung, viele Bürger seien DDR-geschädigt? Sind sie nicht vielmehr BRD-geschädigt? Eine differenzierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte findet gar nicht statt.

Er sagte noch etwas zu den Wahlen im Lande: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, dann hätte man sie schon längst abgeschafft.“ Und er meinte, dass die stärkste „Partei“ übrigens die der Nichtwähler sei.

Text und Foto: Horst Wiesner



Eine Ergänzung zum „Herzblatt“-Artikel: „Seit 1957 ist der 1. September Antikriegstag“

Der DGB hat 1957 den Antikriegstag auf dem Boden der „alten BRD“ oder anders gesagt „im Westen“ ins Leben gerufen. Es existierte aber auch die DDR, oder anders gesagt „der Osten“.

„Seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der DDR der 1. September als „Tag des Friedens“ beziehungsweise als „Weltfriedenstag“ bezeichnet, an dem die Öffentlichkeit in Versammlungen und Kundgebungen zum Eintreten für den Weltfrieden aufgerufen wurde... Die westdeutsche Initiative für diesen Gedenktag ging vom DGB aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief.

Auf dem Bundeskongress des DGB wurde 1966 der Antrag angenommen, „...damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird.“ Das und einiges mehr nachzulesen bei www.wikipedia.de unter dem Stichwort Weltfriedenstag.

Marie-Luise Breimann

Am Rande

Hab ich mich da gefreut!

7. September, „Rundschau“ Seite 1, der Chefredakteur persönlich mit Foto, „In eigener Sache“! Große Ankündigung für eine „neue Rubrik“, Titel: „Ich freue mich...“. Zum Schluss die Aufforderung an die Leser: „Freuen Sie sich mit!“

Toll, denke ich, endlich mal etwas in der LR, worüber man sich „freuen“ kann. Voller Spannung und großer Erwartung blättere ich die Zeitung durch. Auf den ersten drei Seiten - Fehlannonce! Auch auf den nächsten fünf Seiten nichts, worüber man sich „freuen“ könnte. Selbst nach weiteren zehn Seiten keine heiße Spur.

Dann endlich auf der Anzeigenseite, Seite 19, ganz oben rechts - ich hätte es fast übersehen - in die Ecke gepresst ein paar mickrige Zeilen über eine beseitigte „Dreckecke“ in Forst.

Mensch, hab ich mich da gefreut!

Tejo

Wie wird das Leben danach?

In diesem Jahr endet für eine kleine Gruppe Glücklicher eine dreijährige Beschäftigung. Auch bei uns in der Kontaktstelle „Frauen für Frauen“ müssen wir sieben Frauen wieder gehen lassen. Doch wohin?

Zur Erinnerung: 2008 wurde das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ ins Leben gerufen. Mit viel Brimborium und Vorschusslorbeeren versehen, sollte dieses Programm viele Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot bringen – zumindest für die nächsten drei Jahre.

Die Geldgeber: Der Bund zahlte 50 Prozent des Bruttolohns, jedoch nicht mehr als 500 Euro pro Person, der ESF zahlte pauschal 200 Euro für die Sozialabgaben des Arbeitgebers sowie 100 Euro für Arbeitnehmer über 50 Jahre. Vom Land Brandenburg kommen 150 Euro und von der Stadt Cottbus 250 Euro (für Arbeitnehmer über 50 Jahre) beziehungsweise 350 Euro (für Arbeitnehmer unter 50 Jahren). Heraus kam in den meisten Fällen ein Bruttolohn von 1000 Euro. Bei einer 30-Stunden-Woche sind das 7,50 Euro Bruttolohn pro Stunde. Der Sozialminister unseres Landes, Herr Baaske, feierte das als tollen Erfolg, weil Niemand mehr zum Amt rennen müsse. Doch da irrte er: 1000 Euro Bruttolohn reichen eben nicht zum Leben, und so mussten auch fast alle Frauen aus unserer Kontaktstelle noch „aufstocken“.

Die Bundesregierung betrachtet mittlerweile ihr einst so hochgelobtes Projekt als gescheitert. Begründung: Es wurde zu wenig in Anspruch genommen, die geplante Stellenanzahl wurde bei weitem nicht erreicht. Kein Wunder, denn das Antragsverfahren war aufwändig und für viele Vereine nicht zu schultern. Die Hürden für die Bewerber waren hoch, und einen großen Teil der Finanzierung hatte die Bundesregierung den finanzschwachen Ländern, Kommunen und Trägervereinen aufgebürdet.

Doch was wird nun aus den Frauen? Wie sieht ihre Zukunft aus? Sie alle sind zwischen 50+ und 60+ Jahre alt und wollen noch nicht zum alten Eisen gezählt werden. Ihre Arbeit in den jeweiligen Projekten hat ihnen sehr viel Spaß gemacht. Gerne würden sie bis zur Rente bleiben, auch für die 1000 Euro Brutto, wenn es sein muss. Doch unsere Chefin hebt die Hände: Sie würde ja gerne... aber – richtig – das liebe Geld!

Auf meine Frage nach den Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt winken die Frauen ab: „Kannste vergessen – keine Chance!“ Der 2. (geförderte) Arbeitsmarkt bleibt ihnen für mindestens ein Jahr verschlossen, denn sie hatten ja schon genug Förderung. Und auf dem 1. Arbeitsmarkt? Entgegen den Behauptungen der Bundesregierung ist Kommunal-Kombi kein Sprungbrett zum 1. Arbeitsmarkt. Denn die Tätigkeiten mussten gemeinnützig und zusätzlich sein und durften keine regulären Jobs verdrängen. Eine Qualifizierung der Beschäftigten wurde zwar empfohlen, aber nicht vorgeschrieben. Arbeitnehmer in solchen Projekten erwerben also keine Kenntnisse und Fähigkeiten, die ihnen auf den 1. Arbeitsmarkt helfen würden. Eine passgenaue Qualifizierung oder Weiterbildung durch die Jobcenter ist auch nicht vorgesehen und unterbleibt daher.

Erst mal bekommen die Frauen Arbeitslosengeld I. Ein Trost ist das nicht – im Gegenteil: Sie müssen (natürlich!) mit Hartz IV aufstocken. Aber: Im Gegensatz zu anrechenbarem (Erwerbs)einkommen gibt es hier keine Freibeträge. Das heißt,

es wird nur die Differenz vom Arbeitslosengeld I zum Hartz-IV-Regelbedarf – also 364 Euro plus Kosten für die Unterkunft – gezahlt. Somit rutschen sie gleich auf Hartz-IV-Niveau. Für die meisten von ihnen bedeutet das etwa 200 Euro weniger im Monat.

Für die Projekte, die bei uns in der Kontaktstelle weitergehen, wurden neue Frauen eingestellt – über die Programme „Bürgerarbeit“ und „Arbeit für Brandenburg“. Werden sie später aus ihrer öffentlich geförderten Beschäftigung heraus einen Job auf dem 1. Arbeitsmarkt finden? Wir werden sehen. Auf jeden Fall sind solche Programme gut dazu geeignet, die Arbeitslosenstatistiken ein bisschen schönzurechnen. Was später aus den Beschäftigten wird, interessiert „Da Oben“ keinen mehr. Für die Beschäftigten ist das Ganze nur ein kurzzeitiger Effekt. Eine kleine Weile lang dürfen sie sich gebraucht fühlen und haben auch etwas mehr Geld.

Aber über das Leben danach hat sich von den Politikern offensichtlich noch keiner den Kopf zerbrochen.

Sigrid Mertineit



Karikatur: Hänchen

Die Buchrezension

Jan Korte, Dominic Heilig:

Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland



„Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland“ ist der Titel einer kürzlich im Dietz-Verlag erschienenen Dokumentation des Linken-Bundestagsabgeordneten Jan Korte und des Mitarbeiters der Bundestagsfraktion der LINKEN in Brandenburg, Dominic Heilig.

Sogenannte Kriegsverräter und deren Rehabilitierung waren nämlich das Thema vieler Debatten der letzten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag. Dabei verweigerten sich zu Beginn nicht nur klassische Konservative, die deutsche Militärgerichtsbarkeit als das zu benennen, was sie war: nämlich blutiges NS-Unrecht! So führte die schwammige Formulierung des Kriegsverrats-Paragrafen dazu, dass neben dem Desertieren aus der Wehrmacht bereits ein systemkritischer Tagebucheintrag, der Versuch Juden vor der sicheren Ermordung zu retten oder einem sowjetischen Kriegsgefangenen ein Stück Brot zuzustecken, zur Todesstrafe führen konnte.

Von 30 000 zum Tode Verurteilter erlitt mindestens die Hälfte dieses Schicksal. Vor diesem Hintergrund ließen die beiden Autoren in ihrem 208 Seiten starken Gemeinschaftswerk ihre Erfahrungen mit Koalitions- und Fraktionsdisziplin, dem Zusammenspiel von Medien und Politik, der Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit in der

Bundesrepublik und der Durchsetzungsfähigkeit der LINKEN noch einmal Revue passieren.

Dass die beiden Politikwissenschaftler sich entschieden, die Geschichte der schließlich geglückten Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ publik zu machen, resultiert vor allem aus zahlreichen Gesprächen mit Ludwig Baumann. Am Anfang steht deshalb auch ein ausführliches, sehr persönliches, Interview der Herausgeber mit ihm, einem Überlebenden, der wegen „Kriegsverrats“ verurteilt wurde.

Aufbauend auf einer umfassenden Studie der renommierten Historiker Wolfram Wette und Detlef Vogel geht Korte der Frage nach, was diese Kriegsverratsbestimmungen überhaupt beinhalten, inwieweit sie Teil des NS-Unrechts waren und warum die Entlarvung der NS-Militärjustiz in der Geschichte der Bundesrepublik auf so zähen Widerstand stieß. Ganz in dieser Tradition fand dann auch der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und „Kriegsverräter“ statt, welcher detailliert rekonstruiert wird. Dies gelingt in anschaulicher Weise – auch durch die reichhaltige Veröffentlichung von Plenarprotokollen, ausgewählten Medienberichten und prägnanten Interviews mit verantwortlichen Politikern jener Zeit, welche die spannende Dokumentation aufschlussreich abrunden.

Dementsprechend werden überraschende Einblicke in die nicht immer Wohlgefühl erzeugende parlamentarische Alltagsarbeit gewährt, wie sie ansonsten von Nichtparlamentariern wohl kaum wahrgenommen wird. Es offenbart den ungeheuren Druck und die vielfältigen verleumderischen Ausfälle, mit denen sich die PDS- und Linksfraktion stetig konfrontiert sah bzw. noch heute sieht. Trotz alledem gelang es dank parlamentarischen Engagements und geduldiger Überzeugungsarbeit der LINKEN – maßgeblich initiiert durch die beiden Autoren – 2009, die Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ durchzusetzen.

So setzt dieses Buch in eindrucksvoller Weise einem der größten parlamentarischen Erfolge der Bundestagsfraktion auf dem Gebiet der hart umkämpften Geschichtspolitik ein Denkmal. Vor allem aber wird mit der Legende einer doch irgendwie rechtsstaatlichen agierenden NS-Militärjustiz gründlich aufgeräumt und den „Kriegsverrättern“ der Platz in der Geschichte zugestanden, der ihnen zusteht: Als diejenigen einfachen Soldaten, die sich der Fortsetzung des Krieges mit ihren Mitteln widersetzen. Ganz im Unterschied zu so vielen ihrer „Kameraden“. Endlich mal ein Buch, dessen Kauf man jedem Leser nur empfehlen kann.

•••••

Jan Korte, Dominic Heilig:
Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland – Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte.
Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 14,90 Euro.

Neue Lieder braucht das Land

Angela Merkel – no Melodie: Ännchen von Tharau

Angela Merkel, ich bin dir nicht gut,
denn du vergießt and'rer Leute Blut.
In deiner Bibel als fünftes Gebot
steht: Du sollst NICHT Töten,
befiehlt dir dein Gott.
Du hast geschworen,
du dienst Volkes Wohl!
Es war ein Meineid,
deine Worte sind hohl.

Wie vielen Müttern
nahmst du schon den Sohn
und das Volk fragt sich,
was hat sie davon?
Oft spricht die Unwahrheit
aus deinem Mund,
und man versteht es nicht,
was ist der Grund.
Du hast geschworen,
du dienst Volkes Wohl.
Es bleibt ein Meineid,
deine Worte sind hohl.

Günter Düring, 2011

Termine

- 7.10. 16.30 Uhr IG Politische Bildung
Kreisgeschäftsstelle
- 8.10. 10.00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung
Stadthaus Cottbus
- 12.10. 9.30 Uhr AG Geschichte
Kreisgeschäftsstelle
- 13.10. 10.00 Uhr AG Senioren
Kreisgeschäftsstelle
17.00 Uhr Autorenlesung mit Kirsten Spott „Merlins Erben“
Bücherei Sandow
- 17.10. 16.00 Uhr KPF
Kreisgeschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 18.10. 18.00 Uhr AG Soziales
Geschäftsstelle
- 19.10. 17.00 Uhr Buch-Vorstellung „Militärspionage“ von R. Rupp, K. Rehbaum, K. Eichner „Brandenburger Hof“
- 20.10. 18.00 Uhr Ortsvorstand
Kreisgeschäftsstelle
- 21.-23.10. Bundesparteitag in Erfurt
- 24.10. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Kreisgeschäftsstelle
- 26.10. 15.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus Cottbus
- 27.10. 19.00 Uhr Kreisvorstandssitzung
Kreisgeschäftsstelle
- 1.11. 18.00 Uhr Auswertung Bundesparteitag Erfurt
Bücherei Sandow e.V.
- 4.11. 16.00 Uhr IG Politische Bildung
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Ortsvorstand
Geschäftsstelle
- 5.11. 10.00 Uhr Regional-konferenz Landesverband Brandenburg
Piccolo Theater Cottbus
- 7.11. 18.00 Uhr Fraktionssitzung vor Ort
- 8.11. 18.00 Uhr AG Soziales
Geschäftsstelle
- 12.11. 10.00 Uhr Vortrag Prof. Latzo „Programme der Arbeiterbewegung von Erfurt 1891 bis Erfurt 2011
„Brandenburger Hof“

Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

Oktober

- zum 97. Walter Krumpa (23.10.)
- zum 85. Margot Gergele (13.10.)
- zum 84. Thea Friedrich (19.10.)
- zum 83. Fritz Otto (21.10.)
- zum 82. Werner Plettig (1.10.)
- zum 81. Werner Jandke (5.10.)
Ewald Flaschinski (5.10.)
Isolde Brüggemann (10.10.)
- zum 80. Manfred Schröder (27.10.)
- zum 75. Ursula Nicke (11.10.)
Volker Döbel (16.10.)
Ingeborg Siewert (17.10.)
- zum 70. Uwe Woite (3.10.)
- zum 65. Rolf Schwabe (6.10.)
- zum 60. Karl-Heinz Schneider (7.10.)

November

- zum 91. Ursula Fahlberg (14.11.)
- zum 89. Robert Krell (14.11.)
- zum 88. Erna Olberg (12.11.)
Herbert Scheler (12.11.)
- zum 87. Leo Bigos (14.11.)
- zum 84. Georg Kumpf (6.11.)
- zum 83. Dolly Rädisch (10.11.)
Christfried Israel (11.11.)
Katharina Kluge (12.11.)
- zum 82. Paul Schwarz (3.11.)
Heinz Thomalsky (6.11.)
- zum 81. Werner Didzuhn (8.11.)
- zum 65. Dietmar Swat (6.11.)
- zum 60. Sonja Newiak (3.11.)
Frithjof Newiak (10.11.)
- zum 40. Torsten Richter (8.11.)

Mitmachen bei der Verbraucherschutzstrategie!

Das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz erarbeitet eine Verbraucherschutzstrategie für das Land Brandenburg. Der vorliegende Entwurf gliedert sich in mehrere Abschnitte, in denen die verschiedenen Themen des Verbraucherschutzes behandelt und Ziele und Maßnahmen formuliert werden.

Die Strategie soll unter breiter Mitwirkung der Öffentlichkeit entstehen. Dafür hat Verbraucherschutzministerin Anita Tack einen neuen Weg gewählt: Unter www.mugv.de ist der Entwurf abrufbar, und es besteht für Jede/n die Möglichkeit, online Kommentare und Änderungswünsche zu den Inhalten abzugeben. Diese werden dann bei der Überarbeitung des Entwurfes ausgewertet. Mitwirkung ist ausdrücklich erwünscht! Außerdem kann man online an einer Umfrage zum Verbraucherschutz teilnehmen.

Wolfgang Mädlow, Referent für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Fraktion DIE LINKE.



Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Anneli Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss November-Ausgabe:

20. Oktober